

## DAS PARLAMENT, KUNST UND DIE VIELEN. DIE ZWEITE WELLE DER REFLEXIONEN.

2017 organisierte der Theaterregisseur Milo Rau eine kollektive Performance im Berliner Regierungsviertel. Sie trug den Titel „Sturm auf den Reichstag“ und sollte als zentraler Teil des Projekts *General Assembly* lustvoll die Idee eines radikal demokratischen Weltparlaments vertreten. Am 29. August 2020 kam es zu einem „Sturm“ auf den Reichstag ganz anderer Art. Er fand im Zusammenhang einer sogenannten „Querdenker“-Demonstration gegen die Anti-Corona-Maßnahmen statt. Ausgelöst und angeführt wurde diese Aktion von nationalistischen und rechtsradikalen Teilen der Demonstration, die für wenige Minuten schwarz-rot-weiße Reichsflaggen medienwirksam auf den Stufen des Parlaments schwenken konnten. Gerade mal drei Polizisten stellten sich den rechten Demonstranten entgegen. Sie wurden später als „Helden“ der wehrhaften Demokratie vom Bundespräsidenten im Schloss Bellevue feierlich geehrt. Die politische Klasse reagierte nicht zu unrecht empört. Nicht zum ersten Mal wurde - wie bei dieser Aktion - eine Vorstellung oder Idee der politischen Linken mit rechten Vorzeichen versehen und für rechte Zwecke umgedeutet und in eine verkümmerte Form gepackt. Und trotzdem kann, ja sollte dieses Ereignis als Weckruf gesehen werden. Das Parlament, die Herzkammer der repräsentativen Demokratie, wird in Frage gestellt und damit das demokratische System als Ganzes. Dabei wird spürbar, wenn dies als Angriff aus der nationalistischen Rechten kommt, reagieren wir alarmiert, denn auch wenn wir die staatliche Verfasstheit kritisch befragen, so wollen wir sie auf keinen Fall zurückdrehen zu einem mehr bevormundenden, autoritären Staat. Wir wollen den Staat vielmehr progressiv weiterentwickeln im Sinne von „mehr Demokratie wagen“. Es scheint aber immer deutlicher eine offene Frage zu sein, ob unser politisches System dazu wirklich bereit und in der Lage ist. Wir haben also etwas zu besprechen: unsere Beziehung zum repräsentativen System, zum Parlament und wie wir uns innerhalb der Gesellschaft aufstellen und bewegen.

*after the butcher. ausstellungsraum für zeitgenössische kunst und soziale fragen* hat Ende 2020, in Zusammenarbeit mit dem belgischen Philosophen Dieter Lesage, die Initiative ergriffen, eine Reihe von Autor:innen, Künstler:innen, Theoretiker:innen und Kulturarbeiter:innen einzuladen,

um diese Fragen zu reflektieren. Ursprünglich wollten wir eine mehrmonatige Veranstaltungsreihe zum Thema „Parlament, Kunst und die Vielen“ organisieren, aufgrund der Pandemie mussten wir jedoch umdisponieren. Im Dezember 2020 erschienen in *butchers blätter #1* die Beiträge von Milo Rau & IIPM, Alice Creischer & Andreas Siekmann und Dieter Lesage. In *butchers blätter #2* erscheinen jetzt die Beiträge von Nora Sternfeld und Margarita Tsomou. Wir hoffen abermals auf Lese- und Denkvergnügen - und freuen uns über die Fortsetzung einer lebhaften Debatte, die mit den Ereignissen in Washington und dem Sturm auf das Capitol am 6. Januar 2021 noch aktueller geworden ist als sie schon war.

*Thomas Kilpper, Franziska Böhmer & Ina Wudtke*

## Der Begriff der „Vielen“ im Kontext der Real-Democracy-Bewegungen

**Margarita Tsomou**

Der Begriff die „Vielen“ erlebte mit den Real-Democracy-Bewegungen seit 2011 (z.B. Tahrir-Platz, Puerta del Sol, Syntagma-Platz, Occupy-Proteste) in theoretischen Synthesen der Felder Demokratietheorie, Prekaritätsdiagnosen im Postfordismus, Mengen-/Massen- und Kollektivitätsforschung sowie Social-Media-Analysen eine diskursive Konjunktur. Dabei fungierten die „Vielen“ als (diskurs-modische) Variable für eine soziale Vielheit, die als aufgesplitterte, mehrteilige Formation auftritt und sich politischer wie medialer Repräsentation entzieht oder diese verweigert. Der Begriff wurde, aus meiner Sicht, in diesem spezifischen historischen Kontext populär, weil er sich besonders eignete, um die sozialen Bewegungen jener Zeit zu beschreiben. Sein Mehrwert besteht darin, dass es sich bei den „Vielen“ in erster Linie um einen analytischen Begriff aus der Demokratietheorie handelt, der verschiedene politische Diagnosen nach sich zieht - darüber wie soziale Bewegungen sich im Postfordismus und unter den jetzigen medialen Bedingungen organisieren sowie darüber wie Demokratie jeweils verhandelt wird. Nicht zuletzt da Demokratie, bekanntlich, seit ihrer Entstehung, eine Art leerer Signifikant ist, dessen Gehalt, je nach den Kräfteverhältnissen einer Epoche, immer wieder neu justiert wird. In diesem Kontext, und im Speziellen vor dem Hintergrund des Beispiels der griechischen Platzbesetzung auf dem Syntagma-Platz in 2011, möchte ich ihn im Folgenden verorten.

*Die „Vielen“ im Postfordismus als Gegenbegriff zur Masse oder Volk*



Paolo Virnos Ausführungen über die „Vielen“ in *Grammatik der Multitude* oder auch Negri und Hardts Schriften legen nahe, dass die „Vielen“ kein quantitativer sondern ein qualitativer Begriff sind: das heißt es geht bei den „Vielen“ nicht darum, dass sie behaupten besonders viele oder „mehr als“ oder eine Mehrheit zu sein, sondern, dass sich ihre Zusammensetzung und Struktur von den auf eine Einheit bezogenen Begriffen, wie Masse und Volk, unterscheiden. Die „Vielen“, alternativ auch *Multitude* genannt, sind für Virno etwa der historische Gegenbegriff zum Hobbes'schen „Volk“. Die „Vielen“ oder die „Multitude“ – so der damals geläufige Begriff – bestehen nach Hobbes in ihrem Naturzustand aus Einzelnen, die nur ihre partikularen Privatinteressen verfolgen und sich im andauernden Konflikt befinden. Im Gesellschaftsvertrag jedoch vereinen sich die „Vielen“ samt ihrer multiplen und unvereinbaren Interessen zu einer gemeinsamen Stimme, sie werden durch den Vertragsakt ein kollektives Subjekt, das zur Artikulation eines Willens und zur Ausübung einer Tat fähig ist: „A Multitude of men, are made *One* Person, when they are by one man, or one Person, Represented [...]. For it is the *Unity* of the Representer, not the *Unity* of the Represented, that maketh the Person *One*“.<sup>1</sup> Der Grund also warum sie sich der Repräsentation entziehen oder wie Virno sagt, „vorrepräsentativ“ sind, liegt in der Unmöglichkeit sie angesichts ihrer Heterogenität zusammenzufassen.

<sup>1</sup> Thomas Hobbes, *Leviathan*, ed. with an intr. C.B. Macpherson, London (1651), 1981, S. 220-221 [S. 82, Ch. XVI].

<sup>2</sup> Paolo Virno, *Exodus*, Wien 2005, S. 155.

Die „Vielen“ ist zudem auch kein zeitloser ontologischer Begriff, sondern historisch im Zeitalter des Postfordismus eingelassen. Sie sind im postfordistischen Neoliberalismus in ihren Arbeits- und Lebensformen ausdifferenzierte Prekäre, die nur lose Verbindungen zu staatlichen Institutionen unterhalten, nicht in festen Arbeitsverhältnissen beschäftigt sind und demnach dazu angehalten sind, sich biopolitisch „selbst zu regieren“. Das verdrängte politische Konzept der „Vielen“ müsse laut Virno wieder diskutiert werden, weil es, angesichts der Verschiebung unserer Produktionsweise vom industriellen Kapitalismus zum Postfordismus seit den 1970er-Jahren als gesellschaftliche Entität und Seinsweise aktuell werde und extrem hilfreich sein könne, um „eine Reihe zeitgenössischer Verhaltensweisen“<sup>2</sup> zu erklären, die, würde man den Begriff des Volkes auf sie anwenden, unverständlich bleiben. Denn die durch den Postfordismus bedingte Ausdifferenzierung und Vervielfältigung von Leben und Arbeit führt weg von den homogenen Entitäten des industriellen Zeitalters „Klasse“, „Masse“, „Bürger“, „Volk“.

Vor dem Hintergrund einer solchen Zeitdiagnose ist der Begriff der „Vielen“ in den Sozial-, Kultur- und Medienwissenschaften attraktiv geworden, um eine nicht-einheitliche soziale Vielfalt zu beschreiben, die sich durch die Singularität ihrer differenten Einheiten auszeichnet. Die „Vielen“ beschreibt daher vor allem die sozial-politische Struktur einer Menge, die als Vielheit in sich different und heterogen ist - als eine Art Ansammlung von Singularitäten, die nur im Plural fassbar ist und genau deswegen so schwer zu repräsentieren – ob im juristisch-demokratischen oder im identitätspolitischen Sinne.

Mit Blick auf die Real-Democracy-Bewegungen seit 2011 schien es damals vielen von uns adäquat den Begriff heranzuziehen, um die Zusammensetzung der Mengen auf den besetzten Plätzen zu beschreiben. Denn darin fanden sich Aktivist:innen, die nicht in herkömmlichen politischen oder sozialen Identitäten auf den Platz gefunden hatten. Auf den griechischen Plätzen etwa, fanden sich Student:innen und Rentner:innen, Fußball- und Motorradfans, Hippies oder gediegene Mittelständler:innen. Für die griechische Öffentlichkeit war es schwierig, die Identität dieser Menge eindeutig zu bestimmen. So scheint es nicht verwunderlich, dass dieses „Gemisch“<sup>3</sup> zwischen „niemand“ und „becoming everyone“<sup>4</sup> keine repräsentativen Zuschreibungen und Labels für sich gelten lassen konnte. Sie erfanden neue Begriffschöpfungen, wie „Aganaktismenoi“ (also Empörte) oder „Platzbesetzer:innen“ – sie konnten sich also allein mit dem, was sie *fühlen* oder konkret *taten*, ausweisen, mit Begriffen also, die ihre Alltagspraxis, ihre Erfahrungen und Affekte betreffen. Die Betonung auf Praxis und Affekt ist ein weiterer Grund für die Schwierigkeit mit der Repräsentation: diese können nur selbst und in performativer Ausführung, nicht aber in Vertretung im Rahmen unserer juristischen Demokratie vollzogen werden.

### *Handlungsformen der „Vielen“ – politisch aber nicht repräsentierbar*

Genau diese Praxisdimensionen werden mit dem Begriff der „Vielen“ als politisch und nicht nur als sozial oder nur kulturell gewürdigt. Die politischen Handlungsformen der „Vielen“ bestehen, nach Virno, nicht darin, „die ‚Macht zu übernehmen‘, einen neuen Staat aufzubauen und ein neues politisches Entscheidungsmonopol zu schaffen, sondern darin, Erfahrungen in ihrer Vielfalt, Formen nicht-repräsentativer Demokratie, nicht-staatliche Bräuche und Gewohnheiten zu verteidigen“.<sup>5</sup> Typisch für die „Vielen“ sei „das Vorantreiben des Zusammenbruchs der politischen Repräsentation; nicht als anarchistische Geste, sondern als Suche nach neuen politischen Formen“<sup>6</sup>, in denen sich „Mentalitäten und Organisationsformen“<sup>7</sup> verändern können – in diesem Sinne sind die „Vielen“ eine politische „Seinsweise“.

Virno geht also über die These hinaus, dass die „Vielen“ auf alternative „nicht repräsentative“ Demokratiekonzepte aus sind oder sich antagonistisch zum Parlament verhalten. Vielmehr erfinden sie „nicht-repräsentative Politikformen“, die unabhängig von der gerade vorherrschenden demokratischen Organisation des Staates agieren. Das bedeutet gleichzeitig, dass Virno nicht-repräsentative Formen als politische Akte versteht, nicht weil sie die Frage der Mitbestimmung in der politischen Arena explizit stellen. Vielmehr ist ihre Praxis ein impliziter Gegenvorschlag zur Repräsentation und muss als politisch betrachtet werden, weil sie das Potential der Transformation durch das konkrete Tun in der Selbstorganisation in sich birgt. Das ist zumindest wie der Begriff der „Vielen“ im Kontext der Platzbesetzungen seit 2011 Verwendung fand: in der gegenseitigen

<sup>3</sup> Christos Giovanopoulos, „Empört über die Massenmedien oder Aufstand in den Medien? Zwischen digitaler und realer ‚Agora‘!“, in: Christos Giovanopoulos (Hg.), *Von den Straßen auf die Plätze*, Edition Provo 11, unveröffentlichtes e-book 2017, S. 247-295, hier S. 273.

<sup>4</sup> Vassilis S. Tsianos, Dimitris Papadopoulos, Niamh Stephenson, „This is class war from above and they are winning it. What is to be done“, 2012, online unter [www.academia.edu/3375425/](http://www.academia.edu/3375425/) (letzter Zugriff: 04.12.2020).

<sup>5</sup> Paolo Virno, *Exodus*, Wien 2005, S. 55.

<sup>6</sup> Ebd.

<sup>7</sup> Ebd.

Fürsorge, Reproduktion und gemeinsame Alltagsbewältigung auf den Plätzen wurde das Potential gesehen neues Erfahrungswissen und neue Relationen zwischen zueinander heterogenen Menschen zu generieren.

### *Die „Vielen“ und digitale Konnektivität*

Auch in der Medienwissenschaft ist der Begriff der „Vielen“ auf Interesse gestoßen – vor allem vor dem Hintergrund der Mobilisierungsweisen der Platzbesetzer:innen durch die Kanäle der sozialen Medien. Diskutiert wurde, dass sich eine Strukturähnlichkeit erkennen lässt zwischen der Organisationsstruktur in der Nutzung netzwerkbasierter Medien und sozialen Formationen, die sich mit Begriffen wie „Schwärme“, „Netzwerke“, „Multituden“ beschreiben lassen – und eben auch mit dem Begriff der „Vielen“. Die Medien fungieren dabei nicht als Supplement der sozialen Seinsweise der „Vielen“, sondern können als integraler Bestandteil ihres Zusammenhalts verstanden werden. Personalisierte Inhalte weiterzuleiten und zu teilen erleichtert es den „Vielen“, als „crowd of individuals“<sup>8</sup> gemeinsam, aber trotzdem in ihrer Singularität zu agieren. Die netzwerkbasieren Medien sind gewissermaßen die für die „Vielen“ adäquaten Tools, um politische Organisation ohne die Hilfe traditioneller politischer Akteure, wie Gewerkschaften, Verbänden und NGOs zu ermöglichen – zu der Platzbesetzung in Athen rief keine Organisation auf, vielmehr realisierte sich diese durch das Viralgehen der Idee im Netz.

Die Nutzung der neuen digitalen Vernetzungsmedien entspricht gewissermaßen den Alltagspraktiken in der postfordistischen Kondition: Die Erfahrung, jenseits repräsentativer Zusammenhänge agieren zu müssen, aber auch zu können, wird verstärkt und befördert durch die Möglichkeiten, welche die digitale Kommunikation zur medialen Selbstrepräsentation, aber auch zur affektiven Selbstorganisation bietet. Ohne die mediale Infrastruktur netzwerkbasierter Medien wäre es nicht zu dieser Form der spontanen Mobilisierung einer so heterogenen Menge gekommen, die in Schwärmdynamik als neue soziale Formation auf den Platz kam. Die netzwerkbasieren Medien bestätigten den Eindruck, aber auch die Erfahrung, dass politische Organisation jenseits repräsentativer Instanzen möglich ist.

### *Die „Vielen“ – eine ambivalente Menge?*

Die „Vielen“ sind „durch das absolute Risiko vereint, das aus dem ‚Un-zuhause‘ hervorgeht, aus dem allseitigen ‚Der-Welt-ausgesetzt-Sein‘“.<sup>9</sup> Die daraus resultierende Suche nach Zuflucht kann auch durchaus „gefährlich“ sein. Die „Vielen“ müssen keinesfalls immer nur auf der politischen Seite der Progressiven stehen, sondern können auch in ein Mob, eine faschistische Menge kippen: „Man denke etwa nur an das Begehren, sich einem Souverän zu unterwerfen [...], sich dem gnadenlosen Konkurrenzkampf um die Karriere hinzugeben oder in der Xenophobie Zuflucht zu suchen“.<sup>10</sup>

<sup>8</sup> Jeffrey Juris, „Reflections on #Occupy Everywhere“, in: *American Ethnologist* 39 (12), 2012, S. 259-279.

<sup>9</sup> Paolo Virno, *Exodus*, Wien 2005, S. 40.

<sup>10</sup> Paolo Virno, *Exodus*, Wien 2005, S. 41.

Auch das konnte bei der Analyse der Plätze festgestellt werden: man denke etwa an die Degeneration des Tahrir-Platzes oder auch an die nationalistisch-patriotischen Kräfte auf dem Syntagma-Platz. Allerdings ist dies eine Frage des „Werdens“ in der Zeit und hängt davon ab, welche Kräfteverhältnisse und politische Diskurse hegemonial werden, die ein politisches Angebot an die „Vielen“ sein können. Diese Frage jedoch lässt sich nicht einer wesenhaften Natur der „Vielen“ als Menge beantworten, sondern hängt von der subjektiven Handlungsmacht politischer Intervention und Überzeugung progressiver Kräfte ab sowie von der Frage ob sich diese den „Vielen“ als Adressaten zuwenden oder sie als „undemokratisch“ weil „außerparlamentarisch“ als Gesprächspartner:in ausschließen. Die faschistische Menge jedenfalls schöpft nicht aus der Heterogenität, sondern begehrt die Einfältigkeit, die Homogenität und die Repräsentation von Autorität.

### *Die doppelte Krise der Repräsentation - von „oben“ und von „unten“*

Die Kritik, dass mit der Referenz auf den Begriff der „Vielen“ die parlamentarische Demokratie angegriffen wird, scheint vor dem Hintergrund meiner Ausführungen über die „Vielen“ im Kontext der Platzbesetzungen in 2011 einleuchtend. Nicht zuletzt kommt dies auch in der Haltung des „Ihr repräsentiert uns nicht“ der Platzbesetzungen zum Ausdruck. Angesichts der Losung „Reale Demokratie. Jetzt!“ jedoch ist davon auszugehen, dass es sich dabei nicht um eine Kritik an der Demokratie als solcher handelte, sondern um eine Kritik an ihrer repräsentativen Struktur, motiviert durch den Wunsch nicht nach weniger, sondern nach *mehr* Demokratie.<sup>11</sup> Die Entfremdung von den bestehenden Formen der repräsentativen Demokratie war zur Zeit der Occupy-Proteste nicht gleichzusetzen mit dem Aufschwung einer antidemokratischen Haltung. Hier liegt eine „Gleichzeitigkeit von sinkendem Vertrauen in demokratische Verfahren und Institutionen einerseits und steigenden demokratischen Ansprüchen andererseits“<sup>12</sup> vor. Ein wachsendes politisches Selbstbewusstsein und ein entsprechender Selbstbestimmungsanspruch steht dem Bewusstsein der Leistungsgrenzen der repräsentativen Demokratie gegenüber. Diese Leistungsgrenzen der Demokratie jedoch sind nicht auf die neuen Bewegungen der „Vielen“ zurückzuführen. Die Krise der Repräsentation „von unten“, also die Vertrauens- und Glaubwürdigkeitskrise der Parlamente geht auf die schrittweise Aushöhlung demokratischer Apparate zurück – das, was ich Krise der Repräsentation „von oben“ nennen würde und was in der Folge der Finanzkrise 2008 explizit wurde.

In der Eurokrise 2010-2015 war ein systematischer Transfer von Machtkompetenzen von den legislativen Organen und Parlamenten hin zu unabhängigen Akteuren der Wirtschafts- und Finanzwelt zu beobachten. Joseph Vogl hat in seinem Buch *Der Souveränitätseffekt* diese Mechanismen des Demokratieabbaus im Zuge einer Ökonomisierung von heutigen Regierungspraktiken beispielhaft beschrieben.<sup>13</sup> Er konstatiert eine zunehmende Verschiebung von Entscheidungskompetenzen

<sup>11</sup> Vgl. Isabell Lorey, „Non-representationist, Presentist Democracy“, 2011, online unter: [eipcp.net/transversal/1011/lorey/en](http://eipcp.net/transversal/1011/lorey/en) (letzter Zugriff: 05.12.2020).

<sup>12</sup> Ingolfur Blühdorn, *Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende*, Berlin 2013, S. 160.

<sup>13</sup> Joseph Vogl, *Der Souveränitätseffekt*, Zürich 2015.

von den Parlamenten hin zu einem Netz von intergouvernementalen Agenten bestehend aus Finanzmärkten, Bürokraten transnationalen Gremien, Zentralbanken und Bankern, die als „parademokratische Ausnahmemacht“ unter der ständigen Drohung des Zusammenbruchs der Finanzmärkte eine Art Notstandspolitik etablieren, welche das Umgehen und Unterwandern der Regeln und Befugnisse der parlamentarischen Arena legitimiert. Die Krise der Repräsentation wäre hier also zu verstehen als Schwächung der Repräsentativinstanzen durch die Übergabe von Souveränitätsrechten an ein neu geschaffenes finanzökonomisches Repräsentativsystem, so Vogl. Dies geschah keinesfalls ohne die Autorisierung der Staatsapparate, die parlamentarische Exekutive selbst betrieb eine Art freiwillige Selbstunterwanderung oder Selbstentmachtung.

Dass die parlamentarische Regierungsform sich selbst, also ihre eigenen demokratischen Eingriffsrechte einschränkt bzw. autoritäre Herrschaftsformen übernimmt, ist ein Umstand, der in Krisenzeiten des Kapitalismus beobachtet werden kann. Rosa Luxemburg würde wohl sagen, dass es wichtig sei, den Parlamentarismus und die demokratischen Rechte vor dem bürgerlichen Staat zu verteidigen, dies jedoch gleichzeitig verbunden mit dem Ziel, eben jenen Parlamentarismus, der zur Selbstverstümmelung neigt, zu schützen, indem man ihn überwindet.<sup>14</sup> Ausgangspunkt dieser Position ist Marx' Analyse im *Achtzehnten Brumaire* über die Tendenz des bürgerlichen Parlamentarismus zur, wie es Johannes Agnoli nennt, „Involution“.<sup>15</sup> Dies meint den Prozess der „Rückbildung demokratischer Staaten in vor- oder antidemokratische Formen“<sup>16</sup> in Zeiten der Krise: „Um die gesellschaftliche Macht der bürgerlichen Klasse unversehrt zu erhalten, so die zentrale These des *Achtzehnten Brumaire*, ist diese im Kontext einer politischen Krise bereit, die demokratischen Errungenschaften und letztlich sogar ihre politische Macht wieder aufzugeben“.<sup>17</sup> Sowohl die Erfahrung aus der Weltwirtschaftskrise der 1920er- und 1930er-Jahre als auch die der Finanzkrise oder auch die Phänomene der Neuen Rechten, bestätigen diese Annahme. Die „Vielen“ sind allenfalls eine Reaktion auf die Krise der Repräsentation „von oben“ und nicht die Auslöser dieser Krise in der Dialektik zwischen Kapitalismus und parlamentarischer Demokratie.

Das Interesse an dem Begriff der „Vielen“ ist demnach nicht antidemokratisch, sondern vielmehr symptomatisch für einen zeitgeschichtlichen Kontext, in dem zum einen die postfordistisch konditionierten Subjekte die Potentiale der Anrufung zur Selbstregierung ausloten und zum andern ausgestattet mit den Infrastrukturen netzwerkbasierter Medien, auf den offensichtlichen Demokratieabbau mit dem praktischen Aufbau eigener Kommunikations-, Lebens-, und Demokratieräume reagieren. Die „Vielen“ auf den Plätzen sind somit sowohl als ein zeitbedingtes Symptom der doppelten Krise der Repräsentation, sowie im Rahmen der Verkettung von postfordistischer Lebensweise und Internetzeitalter, historisch einzuordnen.

<sup>14</sup> Rosa Luxemburg, „Sozialdemokratie und Parlamentarismus“, *Gesammelte Werke* Bd. 12, Berlin 1988 [1905], S. 447-455.

<sup>15</sup> Karl Marx, *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte*, Marx-Engels- Gesamtausgabe, Abt.I., Bd.11, Berlin 1975 [1852], S. 96-189; Johannes Agnoli, *Die Transformation der Demokratie und verwandte Schriften* (herausgegeben von Barbara Görres Agnoli), Hamburg 2004.

<sup>16</sup> Sonja Buckel, „Dialektik von Kapitalismus und Demokratie heute“, in: Oliver Eberl und David Salomon (Hg.), *Perspektiven sozialer Demokratie in der Postdemokratie. Staat-Souveränität-Nation*, München 2017, S. 19-41, hier S. 24.

<sup>17</sup> Ebd.

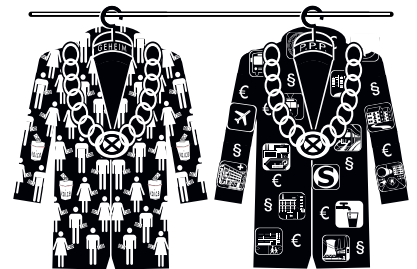
Diese gesellschaftlichen Bedingungen greifen bis heute und demnach ist es nachvollziehbar, dass die Vertrauenskrise gegenüber den Parlamenten nicht geschwunden ist, sondern sich verschärft – sowohl von progressiven als auch autoritären Kräften. Die heutigen „Vielen“ könnten in den feministischen, den ökologischen oder Schwarzen Bewegungen gesucht werden. Allerdings: um den Begriff der „Vielen“ zu ihrer Bezeichnung ins Feld zu führen, bräuchte es zwischen diesen Bewegungen noch nicht entwickelte operative Allianzen in der Praxis, gemeinsame Erfahrungen und die Entstehung neuer sozialer Beziehungen untereinander und schließlich ein Begehren zur Neuartikulation dessen, was wir demokratische Mitbestimmung nennen – die Ausweitung von Demokratie in der Produktions- und Alltagssphäre, jenseits ihrer Begrenzung auf das juristische Feld und der Tendenz ihrer Involution angesichts kapitalistischer Dynamiken.

## Wollen wir den totalen Präsentismus?

### Nora Sternefeld

Beginnen wir mit einer kurze Zeitreise in das vorige Jahrhundert mit zwei Episoden aus der Geschichte des Wiener Parlaments. Am 1. Oktober 1920 wurde hier zwei Wochen vor den ersten Neuwahlen der ersten Republik Österreich, das erste Bundes-Verfassungsgesetz von der konstituierenden Nationalversammlung beschlossen. Ausgearbeitet wurde der Entwurf von Hans Kelsen und es gilt – mit faschistischen Unterbrechungen – bis heute. Der Artikel 1 dieser Verfassung lautet: „Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus.“<sup>1</sup> Doch von welchem Volk ist da die Rede? Die Christlichsoziale Partei, die bei den Wahlen am 17. Oktober 1920 deutlich gewann, warb auf ihrem eindeutig antisemitischen Wahlplakat immerhin mit dem Slogan „Deutsche Christen rettet Österreich“.

18 Jahre später, am 1. Mai 1938 ist das Parlamentsgebäude geschlossen, aber festlich geschmückt. Der Tag wurde von den Nazis zum „nationalen Feiertag des deutschen Volkes“ erklärt, und auf der Stirnseite des Parlamentsgebäudes an der Wiener Ringstraße prangt ein Transparent mit der Aufschrift: „Das Volk regiert“. Österreich gibt es nicht mehr. Nach den brutalen antisemitischen Gewaltakten der Anschlussprograme auf den Straßen seiner Städte, bei der Juden und Jüdinnen unter Mitwirkung der Bevölkerung gezwungen wurden Parolen des Ständestaates mit scharfer Lauge zu reinigen – viele davon unweit des Parlaments übrigens<sup>2</sup> – nach den Plünderungen der wilden Arisierungen bei denen sich die lokale Bevölkerung in privaten Raubzügen an jüdischen Eigentümer:innen bereicherte, ist der Tag der Arbeit zum „Feiertag des deutschen Volkes“ geworden. Die Nationalversammlung ist aufgelöst, da das Volk – ohne jede repräsentative Vermittlung – von den Nazis direkt angerufen wird. „Das Volk regiert“. Volk und Führer bilden eine Einheit. Die beiden Momente machen deutlich, wie sehr dem Begriff des Volkes sowohl demokratische wie



<sup>1</sup> Gesetz vom 1. Oktober 1920, womit die Republik Österreich als Bundesstaat eingerichtet wird (Bundes-Verfassungsgesetz), <http://www.verfassungen.at/at18-34/index20.htm>

<sup>2</sup> Vgl. Martin Krenn, *Österreich ist ein wunderbares Land*, Videoinstallation 2020, in der Ausstellung *Stories of Traumatic Pasts. Counter-Archives for Future Memories*, Weltmuseum Wien 2020.



ethnische Dimensionen eingeschrieben sind<sup>3</sup>, aber auch wie mittelbar bzw. unmittelbar das „Recht des Volkes“ jeweils ausgelegt werden kann. Dieses Echo aus der Geschichte soll hier den Anfang bilden, wenn wir heute von einer Krise der Repräsentation in der Politik sprechen.

Ein Jahrhundert später nimmt *butchers blätter* nun Episoden um den Berliner Reichstag zum Anlass, um über die Frage nach der Repräsentation nachzudenken. Wieder eignen sich soziale Akteur:innen die demokratische Subjektivierung an. Im August 2020 stürmt eine Gruppe rechter Demonstrant:innen im Zuge einer Kundgebung gegen die Corona-Politik der Regierung das Reichstagsgebäude. Sie haben schwarz-weiß-rote Reichsflaggen dabei, die auch die Nazis von 1933 bis 1935 als Flagge des dritten Reiches nutzten.

Aber nicht nur von rechts ist parlamentarische Politik in den letzten Jahren in Frage gestellt worden. Milo Rau ging es wohl eher um eine linke Repolitisierung als er 2017 zum „Sturm auf den Reichstag“ aufrief und damit sein „Weltparlament“ als Theaterprojekt beendete – und zwar 100 Jahre nach dem Sturm auf das Winterpalais, das allerdings sicherlich kein Parlament war. Ebenfalls 2017 und ebenfalls als ein Projekt im Kunstfeld hatte auch das Public Programme auf der documenta 14 unter dem Titel „Parlament der Körper“ wenig Vertrauen in die real existierenden Parlamente der Gegenwart. Geleitet wurde es vom Philosophen, Queer Theoretiker und Kurator Paul B. Preciado, der sein Para-Parlament folgendermaßen vorstellt: „Die Öffentlichen Programme der documenta 14 – das Parlament der Körper – sind aus den Erfahrungen des sogenannten „langen Sommers der Migration“ in Europa entstanden, der nicht nur ein Versagen der repräsentativen demokratischen Institutionen der Moderne, sondern auch ein Versagen ethischer Praktiken der Gastfreundschaft offenbarte. Das Parlament lag in Trümmern. Das wahre Parlament jedoch kam auf der Straße zusammen, als Versammlung der nicht-repräsentierten Körper ohne Papiere, die sich Sparmaßnahmen und fremdenfeindlicher Politik widersetzen.“<sup>4</sup> Vor dem Hintergrund von so viel Skepsis an den Parlamenten der Gegenwart wird immer wieder von „Krisen der Repräsentation“ gesprochen.

### *Krisen der Repräsentation*

Was genau ist damit eigentlich gemeint? In den 1960er-Jahren, als soziale Bewegungen begannen, die Idee der Öffentlichkeit neu zu definieren und sich anzueignen, formierten und formulierten direkte Aktionen, Straßenproteste und Sit-ins Oppositionen, die quer zur parlamentarischen Aufteilung verliefen. Wenn wir heute also von einem postrepräsentativen Aktivismus sprechen können, dann findet dieser sicherlich seine Vorläufer in den Bewegungen um 1968.<sup>5</sup> So stellen die neuen sozialen Bewegungen mit ihren aktionistischen Protestformen – in denen sich künstlerische und politische Strategien überschneiden – die Repräsentation selbst infrage und machen postrepräsentative Politik. Sie handeln im Sinne von Jacques Rancières Unvernehmen.<sup>6</sup> Ihre Ansprüche und Strategien durchkreuzen die bestehende Aufteilung und damit die Logik der Herrschaft. Einen Höhepunkt erreichte der postrepräsentative Aktivismus im Occupy Movement.<sup>7</sup> Mit dem Slogan „occupy everything,

<sup>3</sup> Vgl. Stefan Nowotny, „Ethnos oder Demos?“, in: *transversal texts* 09/2000, <https://transversal.at/transversal/1100/nowotny/de>

<sup>4</sup> <https://www.documenta14.de/de/public-programs/927/das-parlament-der-koerper> (letzter Zugriff: 30.12.2020) und hier eine Präsentation bei der Eröffnung in Kassel, <https://www.documenta14.de/de/calendar/19396/how-does-it-feel-to-be-a-problem> (letzter Zugriff: 30.12.2020)

<sup>5</sup> „1968, the year of disorganised revolts and insurrections, is an important way marker for change in the nature of the political. It marked the first step in the decline of the representational paradigm, and the re-emergence of non- or ‚post-representative‘ political repertoires: direct action, squatting, affinity groups, protests, carnivals. Many of these initiatives are sparked by a self-conscious rejection of ‚normal‘ or mainstream political processes. They turn their face on parties, elections, and manifestos in favour of the immediacy of action, of doing, in the here and now – not saving our energies for some scripted ‚crisis of capitalism‘. The 1970s and 1980s were periods when much of this kind of activity was subsumed within what became known as ‚new social movements‘, which included movements against war, the nuclear bomb, environmental degradation, race and identity discrimination. They were immediate, direct, and ‚dis‘-organised in the sense of not being tied to a permanent bureaucracy or set of offices. Often leaderless, acephalous, sometimes spontaneous, unruly and difficult to predict.“ Simon Tormey, „Occupy Wall Street: From Representation to Post-Representation“, in: *Journal of Critical Globalisation Studies*, 5, 2012, S. 132–137, hier S. 133.

<sup>6</sup> Jacques Rancière, *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie*, Frankfurt a. M. 2002.

demand nothing“ wird auf jede klassische politische Adressierung verzichtet: „In this horizon only a ‚disorganised‘ repertoire of direct and immediate political actions enables people to be ‚heard‘ as opposed to being subsumed within the machinic meta-mobilism of ‚normal‘ politics. ‚Not in my Name‘ is an emblematic expression of this winding back of the representative paradigm. It says that I will not be annexed for a larger purpose. I must myself speak to and embody the changes we need in order to address inequality.“<sup>8</sup>

Die Kritik kann hier auf zwei verschiedene Weisen ausgelegt werden: als Skepsis an der Repräsentation an sich oder als Kritik an der jeweils spezifischen Form der Repräsentation und ihrer jeweils konkreten Ausschlüsse und toten Winkel. Sie kann also Kritik an Repräsentation im Allgemeinen sein oder Kritik daran, eben nicht mehr repräsentiert zu werden.

### *Postdemokratische Infrastrukturen*

Es gibt allerdings nicht nur eine rechte und eine linke Skepsis an den Parlamenten. Es gibt vor allem zunehmend postdemokratische Infrastrukturen, die mit der fortschreitenden Ökonomisierung aller Bereiche und Kontexte der Öffentlichkeit die Parlamente an Bedeutung verlieren lassen. Und tatsächlich hat das Fortschreiten des Neoliberalismus zu einer Unterhöhlung demokratischer Strukturen in allen gesellschaftlichen Bereichen geführt. Wirtschaftliche Interessen verschaffen sich Geltung und bringen politische Konflikte nicht selten zum Schweigen. Mit Schlagworten wie „Partizipation“, „Transparenz“, „Diversität“ und sogar „Demokratisierung“ ist es eben gelungen, Kriterien der Zählbarkeit und der Berechenbarkeit einzuführen und sogenannte unabhängige Gutachter:innen und Expert:innen an die Stelle demokratischer Entscheidungsprozesse zu setzen.<sup>9</sup> Demokratie scheint also selbst heftig umstritten, und die Frage der Repräsentation ist ein wesentliches Element, das dabei auf dem Spiel steht. Es stellt sich sogar die Frage, ob es in der scheinbar notwendig auf uns zukommenden nächsten Gesellschaft<sup>10</sup> nur noch um spekulative Algorithmen und Computersysteme geht, die keine Vermittlung brauchen. Eine Dystopie eines totalen Präsentismus, der immer besser auch ohne Repräsentation auskommt... Die Künstlerin und Medientheoretikerin Hito Steyerl bezweifelt z. B., dass in einem Kapitalismus, der auf einer technologisierten Finanzialisierung basiert, auf der Ebene der Repräsentation heute noch irgendetwas erreicht werden kann.<sup>11</sup>

Während Repräsentation durch die Ökonomisierung aller gesellschaftlichen Bereiche unterhöhlt wird, wird sie zugleich von aktivistischer Seite bezweifelt und besetzt. Aktivist:innen von Occupy Wall Street proklamieren in diesem Sinne, „that no form of representative politics, no political party, can change the basic coordinates of the liberal-democratic capitalist system“<sup>12</sup>. Nicht ohne Selbstreflexion stolpert die Bewegung dabei allerdings über das Paradox der Postrepräsentation, die nicht umhinkann, zu repräsentieren: „This however is the easy part, for a paradoxical feature of post-representative politics is that it does not, as the post-prefix reminds us, escape the pragmatics of representation; it brings it into question. ‚We are the 99%‘ is after all a quintessential representative claim

<sup>7</sup> „Occupy Wall Street (OWS) is part of this story. It offers further evidence that the paradigm of representative politics, the politics of political parties, elections and voting is on the wane. Participants in OWS proclaim that they are not programmatic, that it has no answers, even that it is not ‚politically affiliated‘. It contrasts itself with the style and manner of forms of representation that by contrast proclaim an analysis, an ideology, a programme, an organisation representing distinct interests, viewpoints and actors.“ Simon Tormey, „Occupy Wall Street: From Representation to Post-Representation“, in: *Journal of Critical Globalisation Studies*, 5, 2012, S. 132–137, hier S. 133.

<sup>8</sup> Ebd.

<sup>9</sup> Vgl. ebd.

<sup>10</sup> Vgl. Dirk Baecker, *Studien zur nächsten Gesellschaft*, Berlin 2007.

<sup>11</sup> Hito Steyerl, „The Spam of the Earth: Withdrawal from Representation“, 2012, <http://www.e-flux.com/journal/the-spam-of-the-earth/> (letzter Zugriff: 20.01.2018).

<sup>12</sup> Simon Tormey, „Occupy Wall Street: From Representation to Post-Representation“, in: *Journal of Critical Globalisation Studies*, 5, 2012, S. 132–137, hier S. 133.

(‘We are you’, a slogan borrowed from the Zapatistas, is another equally direct example). Here we see also a potential immobilising quality of OWS, one that infects all post-representative initiatives. If it cannot but represent, then how to do this without becoming itself a symptom of the politics it so sets its face against – i.e. representative politics [...]? How does OWS escape the trap of opposing representative modes of political engagement in a non-representative way? How to escape the apparently futile and self-denying gesture of ‘post-representative’ representation?<sup>13</sup>

### *Ohne Repräsentation keine Demokratie*

So bringt die Krise der Repräsentation zum Vorschein, dass es in der Demokratie weder die Möglichkeit einer völligen Loslösung von Repräsentation noch jene einer unmittelbaren und vollständigen Übereinstimmung zwischen dem Demos und seinen Repräsentant:innen geben kann – vielmehr gibt es immer nur eine Form der parteiischen Vermittlung. In diesem Sinne spricht der Hegemonietheoretiker Ernesto Laclau davon, dass es keinen festen Grund des Sozialen gibt. Daher kann es Laclau zufolge auch keine vollständige Repräsentierbarkeit geben. Er macht deutlich: Repräsentation bildet nicht ab, wofür sie steht, und kann in diesem Sinne auch niemals unmittelbar oder transparent sein. Vielmehr stellt die politische Handlungssphäre für Laclau einen Raum der Kontingenz dar (der weder vorher feststehen noch berechnet werden kann).<sup>14</sup> Und ganz in diesem Sinne stellt Chantal Mouffe klar, dass Demokratie ohne Repräsentation nicht zu haben ist: „Pluralist *democracy* cannot exist *without representation*.“<sup>15</sup>

Aus einer Perspektive radikaler Demokratie befinden wir uns also nicht – wie Hito Steyerl andeutet – in einem totalen algorithmisierten Repräsentationsregime, gegen das jeder Widerstand zwecklos wäre. Radikale Demokratie weigert sich vielmehr, die Abschaffung von Repräsentation anzuerkennen bzw. voranzutreiben, wie sie sowohl im Neoliberalismus als auch im antirepräsentativen Aktivismus propagiert wird. Statt sich mimetisch zur Postdemokratie zu verhalten, geht es um eine Repolitisierung, um eine Anerkennung der Unabschließbarkeit von Politik und der Notwendigkeit von Repräsentation für die parteiische und konfliktuelle Aushandlung von Machtverhältnissen. Versuchen wir, den Begriff der Repräsentation mit Ernesto Laclau nun noch einmal zu verstehen, indem wir ihn selbst genauer ansehen. Wenn etwas oder jemand dargestellt, vorgestellt oder vertreten wird, dann impliziert das einen Zwischenraum: Jemand steht für jemand anderen bzw. etwas steht für etwas anderes.<sup>16</sup> Der Begriff der Repräsentation beinhaltet also ein Element der Vermittlung – verbunden mit der Unmöglichkeit totaler Unmittelbarkeit und Transparenz. Ernesto Laclau fasst dies so: „Es gibt eine Opazität, eine essentielle Unreinheit im Repräsentationsprozess, die zugleich dessen Ermöglichungs- und Verunmöglichungsbedingung ist.“<sup>17</sup> Dieser Aspekt der Repräsentation stimmt sowohl für den Bereich der Darstellung wie auch für jenen der Stellvertretung. Repräsentation ist in sich, wenn wir sie ernst nehmen, notwendig umkämpft und umkämpfbar.<sup>18</sup>

<sup>13</sup> Ebd.

<sup>14</sup> Vgl. Ernesto Laclau, „Macht und Repräsentation“, in: ders., *Emanzipation und Differenz*, Wien 2002, S. 125–149.

<sup>15</sup> Chantal Mouffe, *In Defence of Democracy*, Vortrag an der Columbia University, Avery Hall, Wood Auditorium, New York, 27. März 2014, <http://www.in-terms-of.com/in-defense-of-democracy/> (letzter Zugriff: 20.01.2018).

<sup>16</sup> Etymologisch entwickelt sich der Begriff aus dem lateinischen „representatio“, er spielte bereits eine Rolle im römischen Recht, im Christentum sowie im höfischen Theater und Recht.

<sup>17</sup> Ernesto Laclau, *Emanzipation und Differenz*, Wien 2002, S. 142.

<sup>18</sup> Vgl. Oliver Marchart, „Don Alejandros Problem. Zum Verhältnis von Repräsentation, Souveränität und radikaler Demokratie“, in Gruppe demopunk (Hg.), *Indeterminate/Communism*, Münster 2005, S. 68-95.

*Was heißt alle?*

Gerade die Repräsentationskritik in der Kunst hat seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts Formen der Auseinandersetzung mit Repräsentation entwickelt, die dann besonders relevant erscheinen, wenn wir uns vor Augen führen, dass sie nie bloß auf Repräsentation als Darstellung zielten, sondern immer auch auf Repräsentation als politischen Aushandlungsprozess. Und dieser bleibt notwendig, denn in keiner Versammlung und in keinem Parlament werden jemals alle gemeint sein, wenn alle angerufen werden. So schreibt Judith Butler: „Selbst wenn man sagt, dass ‚alle‘ dazugehören und so versucht, eine allumfassende Gruppe zu postulieren, macht man noch implizite Annahmen darüber, wer einbezogen wird; es ist folglich fast unmöglich, dem zu entgehen, was Chantal Mouffe und Ernesto Laclau so treffend als ‚die konstitutive Exklusion‘ beschrieben haben, die den einzelnen Vorstellungen von Inklusion jeweils zugrunde liegt.“<sup>19</sup>

Künstlerische und para-museale Strategien sind in diesem Sinne dann radikaldemokratisch, wenn sie nicht Repräsentation selbst lächerlich machen oder in Frage stellen, sondern wenn sie immer wieder neu und anders einen Raum schaffen, in dem die bestehende Ordnung befragt und verschoben werden kann. Denn so wichtig Repräsentation ist, so sehr ihre Opazität anerkannt werden muss, so sehr sind auch ihre Ausschlüsse konstitutiv und müssen stets verhandelbar bleiben. Die Frage, die dabei künstlerische und institutionelle Resonanzräume findet ist „Was heißt alle?“. Sie ist das ästhetische Gegenteil der totalen Präsenz, weil sie performativ auf die unmögliche Möglichkeit der Repräsentation besteht, die der Demokratie zugrunde liegt.

<sup>19</sup> Judith Butler, *Anmerkungen zu einer performativen Theorie der Versammlung*, Berlin 2018, S. 11

butchers blätter #2  
Februar 2021

HERAUSGEBER:INNEN

Thomas Kilpper  
Franziska Böhmer  
Ina Wudtke  
Dieter Lesage

AUTOR:INNEN

Margarita Tsomou  
Nora Sternfeld

PIKTOGRAMME

Andreas Siekmann

ÜBERSETZUNGEN

Elisabeth Obermeier  
Dan Belasco New

GRAFIK

Bogislav Ziemer

after the butcher.  
ausstellungsraum für  
zeitgenössische kunst  
und soziale fragen  
Spittastr. 25  
10317 Berlin

[www.after-the-butcher.de](http://www.after-the-butcher.de)